

Verfahrensordnung des Schlichtungsausschusses zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ausbildenden und Auszubildenden

Gemäß § 9 des Berufsausbildungsvertrages ist bei etwaigen Streitigkeiten aus einem bestehenden Berufsausbildungsverhältnis vor Inanspruchnahme des Arbeitsgerichts der nach § 111 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) errichtete Ausschuss anzurufen. In Auswirkung dieser vertraglichen Vereinbarung hat der Berufsbildungsausschuss der Tierärztekammer Westfalen-Lippe am 07. Februar 1990 gem. § 102 i.V.m. § 58 Berufsbildungsgesetz (BBiG) folgende Verfahrensordnung beschlossen.

§ 1

Errichtung und Zuständigkeit

Die Tierärztekammer Westfalen-Lippe zu Münster errichtet gem. § 111 Abs. 2 ArbGG einen Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden in einem bestehenden Berufsausbildungsverhältnis innerhalb des Kammerbezirks.

§ 2

Zusammensetzung

1. Der Ausschuss setzt sich aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie dem Vorsitzenden zusammen.
2. Die Mitglieder des Ausschusses werden von der Kammer für 4 Jahre berufen.
3. Die Mitglieder werden zu den Sitzungen fortlaufend entsprechend der Berufungsliste herangezogen.
4. Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis wird eine Entschädigung gewährt.

§ 3

Vorsitz

Den Vorsitz soll ein von der Kammer zu bestimmender Jurist mit der Qualifikation zum Richteramt übernehmen.

§ 4

Beschlüsse

Beschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit.

§ 5

Verschwiegenheit

Die Mitglieder des Ausschusses, der Protokollführer sowie Personen, denen die Anwesenheit erlaubt ist, haben über alle Schlichtungsvorgänge Verschwiegenheit zu wahren.

§ 6

Antrag

1. Der Ausschuss wird nur auf Antrag des Auszubildenden oder des Auszubildenden bzw. deren Bevollmächtigten (§ 8) tätig. Ist ein Beteiligter minderjährig, so kann der Antrag nur von den gesetzlichen Vertretern gestellt werden.

2. Der Antrag ist bei der Geschäftsstelle der Kammer schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben.

3. Der Antrag soll enthalten:

3.1 Die Bezeichnung der Beteiligten (Antragsteller und Antragsgegner),

3.2 ein bestimmtes Antragsbegehren,

3.3 eine Begründung des Antragsbegehrens,

3.4 notwendige Beweismittel, z. B. Ausbildungsverträge, Tarifverträge oder sonstige schriftliche Vereinbarungen.

§ 7

Ladung

1. Die Geschäftsstelle setzt den Verhandlungstermin fest und beruft den Ausschuss ein. Sie lädt die Beteiligten zur mündlichen Verhandlung durch Postzustellungs-urkunde und ordnet in der Regel ihr persönliches Erscheinen an.

2. Bei minderjährigen Beteiligten sind auch deren gesetzliche Vertreter zu laden.

3. Dem Antragsgegner ist die Ladung mit einer Ausfertigung des Antrages zuzustellen. Ihm ist anheim zu stellen, zu dem Antrag bereits vor dem Schlichtungstermin schriftlich Stellung zu nehmen.

4. Die Beteiligten sind auf der Ladung auf die Folgen ihres Nichterscheins (§ 15) sowie auf die Zulässigkeit einer Vertretung (§ 8) hinzuweisen.

5. Die Ladungsfrist beträgt mindestens 1 Woche.

§ 8

Bevollmächtigte

Die Beteiligten können die Verhandlung vor dem Ausschuss selbst führen oder sich vertreten lassen. Eine Vertretung durch Vertreter von selbstständigen Vereinigungen und Verbänden mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung im Bereich der Tierärzteschaft ist zulässig.

Ggf. kann der Ausschuss durch schriftlichen Beschluss die Vertretung in anderen Fällen zulassen. Eine Vollmacht zur Vertretung ist vorzulegen.

§ 9

Öffentlichkeit

Die Verhandlung vor dem Ausschuss ist nicht öffentlich.

§ 10

Verfahren vor dem Ausschuss

1. Den Beteiligten ist ausreichend Gehör zu gewähren. Während des Verfahrens soll eine gütliche Einigung angestrebt werden. Das Verfahren ist so schnell wie möglich durchzuführen.

2. Der Vorsitzende soll zur Aufklärung der Streitigkeit dienende Beweismittel in die Verhandlung einbeziehen.

3. Eine Vereidigung der Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen ist unzulässig. Zur Entgegennahme von eidesstattlichen Versicherungen ist der Ausschuss nicht berechtigt.

4. Zur Einnahme eines Augenscheins kann die Verhandlung außerhalb des Sitzungsortes geführt werden.

5. Alle Beteiligten sind verpflichtet, am ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens mitzuwirken. Der Ausschuss kann bei unsachgemäßem Verhalten einen Beteiligten von der weiteren Mitwirkung an der Verhandlung ausschließen.

§ 11 **Vertagung**

Falls die Aufklärung des Streitfalles einen weiteren Verhandlungstermin erforderlich macht, kann der Ausschuss die Vertagung der Verhandlung beschließen. Mit dem Beschluss über die Vertagung ist zugleich der neue Verhandlungstermin festzusetzen; der Ausschuss muss in gleicher Besetzung zusammentreten, anderenfalls ist neu zu verhandeln.

§ 12 **Abschluss der Verhandlung**

Die Verhandlung kann abgeschlossen werden durch:

1. gütliche Einigung (§ 13 Vergleich)
2. Spruch des Ausschusses (§ 14)
3. Säumnisspruch (§ 15)
4. Rücknahme des Antrages, die vom Ausschuss festzustellen ist.

§ 13 **Vergleich**

Ein vor dem Ausschuss geschlossener Vergleich ist unter Angabe des Tages seines Zustandekommens von den Mitgliedern des Ausschusses und den Beteiligten unmittelbar im Anschluss an die Verhandlung zu unterzeichnen.

§ 14 **Spruch**

1. Sofern das Verfahren keine anderweitige Erledigung findet, hat der Ausschuss einen Spruch zu fällen.
2. Der Ausschuss berät in Abwesenheit der Beteiligten über den Spruch. Der Spruch ist unter Angabe des Tages seines Zustandekommens unmittelbar im Anschluss an die Verhandlung von den Mitgliedern des Ausschusses zu unterzeichnen.
3. Der Spruch wird im Anschluss daran verkündet. Dabei soll der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe mitgeteilt werden.
4. Den Beteiligten ist unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche nach Verkündung des Spruches, eine Ausfertigung des Spruches mit Rechtsmittel-belehrung (§ 18) durch Postzustellungsurkunde zuzustellen. Der Spruch ist schriftlich zu begründen, soweit hierauf die Beteiligten nicht verzichtet haben.

§ 15 **Nichterscheinen eines Beteiligten**

1. Erscheint der Antragsteller ohne ausreichende Entschuldigung nicht zum Verhandlungstermin und lässt er sich auch nicht vertreten (Säumnis), so ist auf Antrag ein Versäumnisspruch dahingehend zu erlassen, dass der Antragsteller mit seinem Begehren abgewiesen wird.
2. Bei Säumnis des Antragsgegners ist dem Antragsbegehren stattzugeben, sofern die Begründung den Antrag rechtfertigt.

§ 16 **Kosten**

1. Das Verfahren ist gebührenfrei.
2. Jeder Beteiligte trägt die ihm durch das Verfahren entstandenen Kosten selbst. Zeugen und Sachverständige sind von demjenigen Beteiligten zu entschädigen, der sie zum Beweis seiner Behauptung angeboten hat.
3. Wenn die Regelung des Abs. 2 zu unbilliger Härte führen würde, kann der Ausschuss auf Antrag durch Spruch eine Kostenentscheidung fällen.

§ 17 **Niederschrift**

1. Die Beteiligten erhalten eine Niederschrift über das Ergebnis der Verhandlung.
2. Die Niederschrift ist von einem Protokollführer aufzunehmen.
3. Die Niederschrift muss enthalten:
 - 3.1 Den Ort und Tag des Verhandlungstermins,
 - 3.2 den Namen des Vorsitzenden, der Ausschussmitglieder, des Protokollführers sowie die Personen, denen die Anwesenheit gestattet wurde,
 - 3.3 die Beteiligten und den Streitgegenstand,
 - 3.4 die Angabe der erschienenen Beteiligten, gesetzliche Vertreter u.s.w.,
 - 3.5 die wesentlichen Angaben über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlung.
4. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 18 **Fristen für Anerkennung und Klagen**

1. Ein vom Ausschuss gefällter Spruch (§§ 14, 16) wird nur wirksam, wenn er innerhalb einer Woche nach Verkündung anerkannt wird. Die Anerkennung des Spruchs kann im Verhandlungstermin schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle der Kammer erklärt werden.
2. Die Geschäftsstelle der Kammer hat die Beteiligten unverzüglich davon zu unterrichten, ob der Spruch (§§ 14, 16) anerkannt wurde. Bei der Nichtanerkennung eines Spruchs sind die Beteiligten darauf hinzuweisen, dass eine Klage beim zuständigen Arbeitsgericht nur binnen 2 Wochen nach ergangenem Spruch erhoben werden kann.
3. Ein von den Beteiligten anerkannter Spruch besitzt die Rechtskraft eines Urteils.

§ 19 **Vollstreckbarkeit**

Aus einem Vergleich, der vor dem Ausschuss geschlossen worden ist (§ 13) und aus einem Spruch des Ausschusses, der von den Beteiligten anerkannt worden ist, findet die Zwangsvollstreckung statt, wenn der Spruch oder der Vergleich von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts, das für die Geltendmachung des Anspruchs zuständig wäre, für vollstreckbar erklärt worden ist.

§ 20
Verfahrensunterlagen

Die Unterlagen von Verfahren vor dem Ausschuss sind bei der Tierärztekammer Westfalen-Lippe 5 Jahre aufzubewahren.